

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Datum: 18. Mai 2017

Beginn: 17:30 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Seidl, Norbert

Mitglieder des Planungs- Umweltausschusses

Eger, Christine

Ehm, Rosmarie

Vertretung für StRin Dr. Sigrun Matthes

Gigliotti, Gisella

Vertretung für StRin Barbara Ponn

Keil, Max

Koch, Reinhold Dr.

Pürkner, Erich

Sengl, Manfred Dr.

Sippel, Dorothea

Vertretung für StR Jean-Marie Leone

Stricker, Hans-Georg

von Hagen, Michaela

Wiesner, Marga

Zöller, Rainer

Vertretung für StR Thomas Hofschuster

Schriftführer/in

Reichel, Andrea

Verwaltung

Dufner, Monika

Schmeiser, Beatrix

Gäste

Dirtheuer, Franz Dr.

Stegen, Rafael Dr.

Abwesende und entschuldigte Personen:**Mitglieder des Planungs- Umweltausschusses**

Hofschuster, Thomas

Leone, Jean-Marie

Matthes, Sigrun Dr.

Ponn, Barbara

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

- | | | |
|-------|--|-----------|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Städtebauliche Sanierungsmaßnahme in der Planie / Soziale Stadt
hier: Vorstellung der vorbereitenden Untersuchungen für die Gebietserweiterung | 2017/0448 |
| TOP 3 | Saatkrähen
Bericht | |
| TOP 4 | Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 57 für das Stadtzentrum in dem Bereich zwischen Allinger Straße, Post-/Adenauerstraße, Kennedystraße und Fröbelweg/Bahngelände sowie für den Bereich des Rathausgrundstücks
hier: Ergebnis der schalltechnischen Verträglichkeitsuntersuchung und der Altlastenuntersuchung sowie grundsätzliche Billigung des ergänzten Plankonzepts | 2017/0454 |
| TOP 5 | Bebauungsplan Nr. 44 für den Bereich beiderseits der Sandbergstraße zwischen Nordendstraße und Gröbenzeller Straße
hier: Änderung hinsichtlich der Zulässigkeit von Tiefgaragen | 2017/0462 |
| TOP 6 | Öffentlicher Personennahverkehr;
Fahrtroute der MVV-Regionalbuslinie 854 | 2017/0455 |
| TOP 7 | Bekanntgaben | |
| TOP 8 | Verschiedenes | |

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 17:35 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Nachdem sich auf seine Frage, ob mit dem Protokoll der letzten Planungs- und Umweltausschusssitzung vom 21.03.2017 Einverständnis besteht, keine gegenteilige Wortmeldung ergab, stellte der Vorsitzende ohne Widerspruch fest, dass damit die Niederschrift dieser Sitzung genehmigt sei.

**TOP 2 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme in der Planie / Soziale Stadt
hier: Vorstellung der vorbereitenden Untersuchungen für die Gebietserweiterung**

Der Vorsitzende begrüßte Herrn Dr. Dirtheuer und Herrn Dr. Stegen, die schon die vorbereitenden Untersuchungen für das ursprüngliche Sanierungsgebiet durchgeführt hatten und seitdem den Sanierungsprozess aktiv begleiten. Nunmehr liege das Untersuchungsergebnis für die Erweiterung vor.

Herr Dr. Dirtheuer und Herr Dr. Stegen stellten anhand einer Präsentation das Ergebnis der vorbereitenden Untersuchung für den Erweiterungsbereich vor. Dieser stelle eine sinnvolle Ergänzung des Sanierungsgebiets dar. In diesem Bereich seien etwa 135 Wohneinheiten mit 230 Bewohnern vorhanden. Der Wohnungsschlüssel sei mit 1,7 Bewohnern je Wohneinheit eigentlich ganz typisch. Wie im übrigen Sanierungsgebiet gebe es nur wenige größere Wohnungen (nur eine 4-Zimmer-Wohnung, sonst zu ca. je einem Drittel 1-, 2- und 3-Zimmer-Wohnungen). Über die Wohnungsgrößen solle man im Rahmen der Sanierung nachdenken. Zwischen 2005 und 2015 habe es ähnlich wie in der Planie einen Anstieg der Bewohner, eine Zunahme des Ausländeranteils und eine deutliche Verjüngung gegeben. Neben den Wohnungen gebe es u. a. Läden, eine Gaststätte, verschiedene Dienstleistungsangebote, das Amt für Soziales und das Rathaus sowie Kindertagesstätten. Die fehlende Barrierefreiheit sei sowohl bei den Wohnungen als auch bei den Ladenlokalen am Alois-Harbeck-Platz langfristig ein Thema, mit dem man sich beschäftigen müsse. Auch die Gastronomie solle langfristig gestärkt werden. Der Alois-Harbeck-Platz weise sehr viel versiegelte Fläche auf, wohingegen der Park Richtung S-Bahn ein großes Plus im Gebiet darstelle

Insbesondere der Bereich des Alois-Harbeck-Platzes biete erhebliches Potential im Städtebau. Langfristig könne man hier z. B. über eine Aufstockung des dreigeschossigen Baus im östlichen Bereich oder auch über Neubauten im Bereich des heutigen Parkplatzes und der wenig genutzten Grünfläche im westlichen Bereich nachdenken. Eine Neubebauung im Bereich der kleinen Ladenlokale sei ebenfalls überlegenswert, auch in Bezug auf die unterschiedlichen Höhenniveaus in den Läden.

Die Qualität des Gastronomiebetriebes sei an sich schon gut. Jedoch sei das Erscheinungsbild der Freischankflächen nicht ansprechend. Hier solle man in Gespräche eintreten und überlegen, wie man den Außenbereich so verbessern könne, dass er der Qualität des Betriebes angemessen sei.

Auch im Bereich der Ringpromenade würden noch Potentiale gesehen. Dort gehe es zunächst vor allem um eine Aufwertung der Außengestaltung. Sowohl der Kindergarten als auch die Krippe hätten nur sehr beengte Flächen im Freibereich; hier wären Verbesserungen angebracht. Im Bereich der Grünflächen gebe es größere Bäume, die dem Quartier Charakter geben würden. Die Grünflächen würden aber deutlich mehr Möglichkeiten in sich bergen, als heute genutzt würden. Z. B. könnten

Spielmöglichkeiten ergänzt, die Durchwegung der Flächen optimiert und die Anlagen insgesamt aufgewertet werden. Die Straßenraumgestaltung der Ringpromenade könne ebenfalls verbessert werden. Die Zugänglichkeit des Alois-Harbeck-Platzes sei ein weiteres wichtiges Thema. Die Rampen würden zwar funktionieren, hier könne man aber langfristig etwas verbessern. Mit dem Schreibwarenladen habe man einen funktionierenden, alteingesessenen Betrieb. Bei vielen Einheiten handle es sich heute statt um Läden eher um Dienstleistungen. Die Gebäude an sich seien keine attraktive Handelslage mehr, was vor allem auch an den zwei Ebenen und den geringen Flächengrößen liege. Es sei die Frage, wie man langfristig mit diesen Gewerbeeinheiten umgehe. Auch im Zusammenhang mit der neuen Stadtmitte müsse man versuchen, hier eine Aufwertung zu erreichen. Sie würden Gespräche mit den Eigentümern anbieten, um zu überlegen, was man langfristig tun könne. Zusammenfassend sei festzustellen, dass das Quartier und insbesondere auch der Alois-Harbeck-Platz eine große Qualität in sich berge, man aber doch darüber nachdenken müsse, wie der Bereich aufgewertet werden könne. Als Ergebnis der Untersuchungen würden einzelne Projekte in den verschiedenen Handlungsfeldern vorgeschlagen.

Das neue Stadtzentrum habe die Scharnierfunktion zwischen dem Wohngebiet Planie und der Erweiterungsfläche. Im Zusammenhang mit der Stadtmitteplanung bestehe eine vergleichsweise günstige Situation, in die Erneuerung dieses Quartiers einzusteigen. Man habe eine hohe Standortqualität, aber veraltete Gebäude und veraltete Außenbereiche. Die Instandhaltung der Gebäude sei gemacht worden. Aber eine grundlegende Sanierung in Kombination mit einer ansprechenden Gestaltung müsse irgendwann kommen und auch die Frage der barrierefreien Erschließung müsse man angehen. Die Maßnahmen würden sowohl für die Stadt mit einem aufgewerteten Eingangstor sowie für die Eigentümer mit einer Sanierung des Bestandes etwas bringen. Bei einer Sanierung bestünden zudem attraktive Abschreibungsmöglichkeiten.

Der Vorsitzende erkundigte sich hinsichtlich der Scharnierfunktion. Herr Dr. Stegen schätzte ein, dass, wenn beiden Seiten des Scharniers positiv entwickelt würden, dies einen positiven Effekt auf ganz Puchheim haben würde. Der Vorsitzende fragte nach, welcher Nutzen für die Stadt durch die Nachverdichtung entstehen würde. Herr Dr. Dirtheuer führte aus, dass dieses Thema alle möglichen städtebaulichen Untersuchungen begleite. Der zur Verfügung stehende Raum sei endlich. Deshalb würden sie immer versuchen, Gebiete weiter zu entwickeln. Gebäude aus den 70er Jahren - wie hier - seien üblicherweise gut für eine Aufstockung geeignet, ohne dass weiterer Raum versiegelt werde. Es sei nicht so, dass in jedem Fall eine Aufstockung oder Nachverdichtung kommen müsse. Aber man solle sich für die weitere Entwicklung des Quartiers damit beschäftigen. In kooperativen Gesprächen könne man hier eine mittel- und langfristige Strategie entwickeln. Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Stadt die sozialen und infrastrukturellen Folgekosten tragen müsse, wenn hier zusätzlicher Wohnraum geschaffen werde. Im Hinblick auf diese Lasten seien entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Die Frage nach der Einschätzung inwieweit nach einer Neugestaltung qualifizierter Einzelhandel am Alois-Harbeck-Platz Fuß fassen könne, beantwortete Herr Dr. Stegen wie folgt: Man könne sich dies vorstellen, wenn es gelänge, einen Spezialanbieter zu finden. Aber grundsätzlich sei der Standort keine gute Handelslage mehr. Die Lage sei zwar gut, aber die heute geforderten Parkplätze und die erforderlichen Mindestflächen für Handelsbetriebe seien nicht gegeben. Er wolle nicht ausschließen, dass sich etwas Geeignetes finde, aber dann nur in einem besonderen Bereich. Auch Bioläden seien inzwischen Handelsketten, die die entsprechenden Standortvoraussetzungen einfordern würden. Aufgrund dieser Situation werde in der VU empfohlen, eine Entwicklung im Bereich des Sozialen zu überlegen. Auch eine weitere Kindertagesstätte sei für ihn vorstellbar.

Auf die Frage von StR Dr. Koch berichteten der Vorsitzende und Herr Dr. Dirtheuer, wie es zu Erweiterung des Gebietes gekommen sei. Herr Dr. Dirtheuer erklärte hinsichtlich des nachgefragten Meister-Plans, dass dieser in einer vorherigen Version der VU enthalten gewesen sei und wieder ergänzt werden könne.

StR Zöllner hakte hinsichtlich der Feststellung nach, dass die Ladenlokale nicht mehr zeitgemäß seien. Man könne nicht nur deshalb sagen, dass diese weg oder erweitert werden müssten, wenn man keine Alternative habe. Die Parkplatzfläche sei auch seiner Ansicht nach eigentlich zu schade. Bereits im Zusammenhang mit dem Meister-Plan habe man schon Überlegungen für diese Fläche angestellt, z. B. hinsichtlich eines Hotels. Hier sehe er durchaus Möglichkeiten. Den Platz selbst müsse man auch besser gestalten. Insgesamt sei der Bereich am Alois-Harbeck-Platz etwas Besonderes für Puchheim, für den etwas geschehen müsse. Zu den Möglichkeiten würde er gerne mehr hören.

StR Pürkner stellte fest, dass die Untersuchung seine Befürchtung bestätigt habe, dass der Alois-Harbeck-Platz weiter abgehängt werde, wenn man nichts tue. Die Situation am Alois-Harbeck-Platz sei viel gravierender, als dass man mit Gestaltungs- und Schönheitsreparaturen wirklich etwas bewirken könne. Er hob die Aussage in der Untersuchung hervor, dass mit der Schließung der Bahnunterführung der Niedergang des Quartiers begonnen habe. Der Platz leide darunter, dass er abgehängt sei. Er sei überzeugt, dass der Platz belebt werden könne, wenn die Unterführung im Bereich Josef-/Lußstraße komme. Hierzu kündigte er für die nächste Sitzung einen entsprechenden Antrag an.

StR Dr. Sengl erklärte, dass die Untersuchung eine gute Darstellung von Möglichkeiten gebe. Dabei gebe es ganz verschiedene Aspekte, das Gebiet aufzuwerten. Im Zusammenhang mit einer Aufstockung könne man die Eigentümer ggf. veranlassen, auch andere Maßnahmen durchzuführen. Dabei müsse man aber immer im Auge haben, dass die Wohnungen heute zu relativ humanen Bedingungen vermietet seien und ob eine Sanierung nicht zu hohen Mieten führe. Deshalb müsse man immer das Mietniveau bedenken und vielleicht erst kleinere Maßnahmen umsetzen. Auch die mittel- und langfristigen Überlegungen sollten diesen Aspekt berücksichtigen. Was man kurzfristig machen könne, um den Alois-Harbeck-Platz attraktiver zu machen, seien gestalterische Maßnahmen. Bei den öffentlichen Nutzungen müsse man wegen der darüber liegenden Wohnungen vorsichtig sein. Zudem könne man den Bereich mit städtebaulichen Überlegungen besser gestalten, aber dies könne nur eine langfristige Entwicklung sein.

StRin von Hagen teilte mit, dass sie die sehr negativen Aussagen zur Gewerbestruktur schockiert hätten. Aus eigener Erfahrung könne sie dies nicht bestätigen. Rund die Hälfte der Flächen sei mindestens zehn Jahre gleich genutzt. Manche Betriebe würden zwar auf den ersten Blick nicht viel hermachen, seien aber doch wichtig. Auch wenn es keine großen Flächen seien und es nicht so viele Parkplätze gebe, handle es sich trotzdem um attraktive Geschäfte. Kleinere Ladenflächen seien auch wichtig. Ihrer Ansicht nach sei die Bewertung zu extrem.

StR Dr. Koch gab StR Pürkner durchaus Recht, dass die Schließung der Verbindung über die Bahn Nachteile für den Alois-Harbeck-Platz gehabt habe. Allerdings habe der Alois-Harbeck-Platz seine Randlage schon vorher gehabt. Man habe auch früher zeitweise kaum von der Kirche zum Platz kommen können, weil man aufgrund des Verkehrs nicht über die Straße gekommen sei. Ein wesentliches Problem liege in der Wandlung des Einzelhandels und der Verdrängung in die Ortsrandlagen. Die Frage sei aber auch, warum die Stadt hier betriebswirtschaftlich für den Eigentümer denken solle.

Der Vorsitzende gab zu bedenken, wie viele Plätze man noch beleben könne und dass man bei anderen Nutzungen schnell Probleme mit dem Immissionsschutz bekommen könne. Trotzdem sehe er jede

Menge Möglichkeiten für den Platz. Es sei aber schwer, hier ein Gesamtkonzept zu entwickeln; auch von den Planern seien nur Einzelvorschläge gekommen. In jedem Fall sei es so, dass die Eigentümer schon aufgrund der vorbereitenden Untersuchungen in die Sanierung hineingehen und mit ersten kleineren Maßnahmen beginnen könnten. Hinsichtlich der weiteren städtebaulichen Entwicklung und Frage möglicher Nachverdichtung könne man sich nach den Planungen zur Stadtmitte beschäftigen.

Herr Dr. Dirtheuer berichtete noch, dass sich die Eigentümer in einem Gespräch sehr aufgeschlossen gezeigt hätten. Mit den Vorschlägen für die Sanierung seien Möglichkeiten aufgezeigt worden, um mit der Sanierung zu beginnen. Er stellte klar, dass die Läden heute in einem gewissen Rahmen funktionieren würden. Aber wenn die Stadtmitte komme und auch noch das Amt für Soziales aus diesem Bereich weggehe, habe dies einen Einfluss auf das Gebiet. Man müsse in jedem Fall achtsam sein bei allen Entscheidungen. Auch die Abstimmung zwischen den Eigentümern und der Stadt sei wichtig. Sie würden hierzu ihre Unterstützung anbieten.

Der Planungs- und Umweltausschuss nahm das Ergebnis der vorbereitenden Untersuchungen ohne Abstimmung zur Kenntnis.

TOP 3 Saatkrähen Bericht

Frau Dufner berichtete, dass die Maßnahmen hinsichtlich der Saatkrähenbrutkolonie für diese Saison abgeschlossen seien. Zu den durchgeführten Maßnahmen ging sie u. a. auf Folgendes ein: Wie in den vergangenen Jahren seien Nester in den Randbereichen der Hauptkolonie und in den Splittersiedlungen im genehmigten Umfang entfernt worden. Von den neuen Maßnahmen habe sich das Anbringen von Netzen als problematisch erwiesen. Letztendlich seien auch darunter Nester gebaut worden und man habe die Netze aufgrund des Verfangens von Vögeln wieder beseitigen müssen. Der im Bereich des Sprengerinwäldchens angebrachte Birdguard, mit dem Panikrufe verschiedener Vögel abgespielt würden, habe dagegen mit nur noch einem Nest in diesem Bereich gut funktioniert. Die neu genehmigte Maßnahme der Eientnahme sei bei siebzig Nestern durchgeführt worden. Um den Erfolg der Maßnahme einschätzen zu können, seien verschiedene Entnahmevarianten umgesetzt und diese in fünf Bereichen beobachtet worden. Bei drei Varianten sei jeweils ein Teil der Eier entnommen und diese teilweise durch Gipseier ersetzt worden. Hier seien jeweils keine neu gelegten Eier festgestellt worden. Bei der Entnahme aller Eier ohne Ersatz durch Gipseier seien bis zu fünf Eier nachgelegt worden. Auch bei der Variante mit angestochenen Eiern seien teilweise Eier nachgelegt worden. Bei den unbehandelten Referenznestern hätten sich meist zwischen vier und sechs Eier im Nest befunden, wobei auch dort jeweils nicht mehr als drei junge Vögel festgestellt werden konnten. Das Ergebnis der Beobachtung sei, dass eine Entnahme sämtlicher Eier nicht sinnvoll sei, da dann entsprechend nachgelegt werde. Insgesamt mache die Maßnahme nur Sinn, wenn maximal ein Ei im Nest verbleibe. Die Entnahme der Nester sei bisher nur in den Randbereichen genehmigt worden. Wenn man dies in einem größeren Bereich machen würde, wäre der Effekt auf die Brutkolonie größer. Neu versucht werden könnte im nächsten Jahr, sämtliche Eier durch Gipseier zu ersetzen. Eine Überprüfung sei aber schwierig, da nicht festgestellt werden könne, ob solche Nester ggf. verlassen und an anderer Stelle gebrütet werde.

Das Monitoring habe eine Steigerung um 22 % auf 406 Nester ergeben. Bei der Hauptkolonie seien es beispielsweise an der Egenhoferstraße trotz der Netzaktion nicht weniger Nester gewesen. Bei den Splitterbereichen hob sie hervor, dass es sechs neue Bereiche gegeben habe, wenn auch teilweise nur mit wenigen Nestern. Durch die neue Splitterkolonie an der Roggensteiner Straße habe sich niemand gestört gefühlt, da diese an das Gewerbegebiet und die Bahn angrenze. Eine Auswertung der Machbarkeitsstudie der Stadt Laupheim habe einige interessante Aspekte ergeben. Insbesondere solle man mit dem Entfernen der Nester schon im September oder Oktober des Vorjahres beginnen. Die Studie gehe davon aus, dass eine Umsiedlung nur funktioniere, wenn sich in dem neuen Bereich schon Krähen angesiedelt hätten. Ggf. wäre die Splitterkolonie an der Roggensteiner Straße hierfür geeignet; dies müsse man sich aber noch genauer anschauen. Da der Birdguard gut funktioniert habe, sei eine weitere Überlegung, die Randbereiche der Hauptkolonie damit zu bestrahlen. Dies sei aber aufgrund der dort vorhandenen vielen Nester nicht unproblematisch, da damit die Gefahr von weiteren Splitterkolonien bestehe. In jedem Fall solle dort das Entfernen der Eier fortgesetzt werden. Der Einsatz von Greifvögeln könne evtl. ergänzend erfolgen, um die Krähen von den Splitterbereichen fernzuhalten. Wie Laupheim aufgezeigt habe, seien Gespräche mit Landwirten und Jägern sehr wichtig, da Ersatzstandorte nur angenommen würden, wenn dort nicht auf Rabenvögel geschossen werde. Die nächsten Schritte seien die Fertigstellung der erforderlichen Begleituntersuchung und die Gespräche mit der Höheren und Unteren Naturschutzbehörde über die weiteren Maßnahmen.

StR Zöller erklärte, dass hinsichtlich der Saatkrähenproblematik einiges geschehen sei und man seiner Meinung nach auf dem richtigen Weg sei. Bei der Eientnahme halte er es für gut, dies nicht nur in den Randbereichen zu machen, sondern auch in den Innenbereich der Kolonie zu gehen und dort die Eier durch Gipseier zu ersetzen. Über die durchgeführten Maßnahmen solle man auch die Betroffenen unterrichten.

Der Vorsitzende fasste zusammen, dass man die Steigerung von 20 % nicht wegdiskutieren könne. Vielleicht wären es ohne die Maßnahmen noch deutlich mehr Nester gewesen. Hinsichtlich der künftigen Maßnahmen müsse man die Gefahr bedenken, dass weitere Splitterkolonien entstehen. Der Birdguard sei seiner Ansicht nach gut bei den Splitterkolonien; bei der Hauptkolonie sehe er seinen Einsatz durchaus als problematisch an. Diese bekomme man aber über die Eientnahme zumindest eingegrenzt. Angesichts der Zahlen der Brutkolonie werde man nicht über eine Grundentscheidung herkommen. Unter anderem müsse man entscheiden, ob eine Vergrämung mittels eines Falkners versucht werden solle. Allerdings würden die Erfahrungen aus Meitingen hierzu nicht sehr erfolgversprechend erscheinen. Dort habe es sich nur um einen kleinen Standort etwa in der Größe des Sprengerinwäldchens gehandelt und das Ausweichquartier hätten die Krähen selbst gefunden.

StR Dr. Sengl plädierte dafür, möglichst schnell mit der Regierung zu sprechen, welche Maßnahmen künftig möglich seien. Hier biete sich evtl. die Eientnahme in einem größeren Maßstab an. Wenn diese im gesamten Bereich durchgeführt werden könne, erscheine sie eher erfolgversprechend.

Im Rahmen der weiteren Diskussion beantwortete Frau Dufner noch verschiedene Fragen. Dabei berichtete sie u. a., dass sich die Jungvögel derzeit noch im Nest befinden würden.

Zum Abschluss der Beratung stellte der Vorsitzende fest, dass die Präsentation dem Stadtrat zur Verfügung gestellt werde. Dies gelte ebenso für die Begleituntersuchung, wenn diese fertig sei.

**TOP 4 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 57 für das Stadtzentrum in dem Bereich zwischen Allinger Straße, Post-/Adenauerstraße, Kennedystraße und Fröbelweg/Bahngelände sowie für den Bereich des Rathausgrundstücks
hier: Ergebnis der schalltechnischen Verträglichkeitsuntersuchung und der Altlastenuntersuchung sowie grundsätzliche Billigung des ergänzten Plankonzepts**

Der Vorsitzende berichtete, dass in den in der letzten Sitzung vorgestellten Bebauungsplanentwurf noch das Ergebnis der Gutachten zur Altlastenproblematik und zum Immissionsschutz eingearbeitet worden sei und verwies hierzu auf die Vorlage.

Nachdem es hierzu weder Fragen noch weitere Erläuterungswünsche gab, stellte der Vorsitzende den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss

1. Das ergänzte Plankonzept des Bebauungsplanes Nr. 57 für das Stadtzentrum wird grundsätzlich gebilligt. Der Bebauungsplanentwurf erhält das Plandatum 18.05.2017.
2. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, die vorzeitigen Beteiligungen der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB und der Behörden gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

**TOP 5 Bebauungsplan Nr. 44 für den Bereich beiderseits der Sandbergstraße zwischen Nordendstraße und Gröbenzeller Straße
hier: Änderung hinsichtlich der Zulässigkeit von Tiefgaragen**

Nach kurzem Sachvortrag durch den Vorsitzenden fasste der Planungs- und Umweltausschuss folgenden

Beschluss

1. Der Planungs- und Umweltausschuss beschließt, den Bebauungsplan Nr. 44 für den Bereich beiderseits der Sandbergstraße zwischen Nordendstraße und Gröbenzeller Straße mit dem Ziel zu ändern, im reinen Wohngebiet Tiefgaragen grundsätzlich zuzulassen.
2. Der Erste Bürgermeister wird beauftragt, die Änderung des Bebauungsplanes ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

**TOP 6 Öffentlicher Personennahverkehr;
Fahrtroute der MVV-Regionalbuslinie 854**

Der Vorsitzende ging kurz auf die Gründe für die vorgeschlagene Alternativroute ein. Diese neue Route wäre eine Möglichkeit, die Pünktlichkeit der Linie 854 durch Vermeidung von Staustrecken während der Hauptverkehrszeiten zu verbessern. Diese Lösung habe jedoch Vor- und Nachteile, die man abwägen müsse.

StR Pürkner erkundigte sich, ob bereits untersucht worden sei, ob die Bahnhofstraße überhaupt für den Schwerlastverkehr geeignet sei. Der Vorsitzende erklärte, dass diese für den landwirtschaftlichen Verkehr geeignet sei. Die Frage werde aber geklärt und bei fehlendem Unterbau würde die Lösung ggf. nicht umgesetzt.

StR Dr. Koch gab zu bedenken, dass die Busfahrten durch die Bahnhofstraße andere unberechtigt durchfahrende Fahrzeuge nach sich ziehen würden. Zudem würden hochgerechnet auf den Tag fast hundert Busfahrten erfolgen. Dies würde durchschnittlich alle zehn Minuten einen Bus in dem bisher ruhigen Gebiet bedeuten.

StRin Wiesner brachte ihre Bedenken gegen die Alternativroute ein. Für sie sei die Bahnhofstraße eine Freizeitstraße, die viel von Fußgängern und Radfahrern genutzt werde. Sie könne sich auch nicht vorstellen, dass es für den Bus einen großen Zeitgewinn bedeuten würde, über die Bahnhofstraße zu fahren. Insbesondere müsse dieser links in die FFB 11 einfahren, was im Berufsverkehr wiederum eine Wartezeit bedeuten würde. Auch die Begegnung zwischen Radfahrern von der Brücke und dem Bus halte sie für einen großen Gefahrenpunkt.

StR Zöllner sprach sich für die Alternativroute aus. Man habe das Ziel, dass mehr Leute das Auto stehen lassen und die Bürger mit dem Bus fahren, weshalb man Verbesserungen umsetzen solle. Wenn der Bus durch die Bahnhofstraße fahre, müsse dies seiner Ansicht nach nicht unbedingt einen zusätzlichen PKW-Verkehr nach sich ziehen. Dies müsse dann kontrolliert werden; hier solle man mit der Polizeiinspektion sprechen. Er spreche sich für einen Probetrieb aus, um zu prüfen, ob die neue Route sich bewähre und Verbesserungen bringe.

StR Stricker stellte fest, dass die neue Linienführung für ihn einen Sinn mache. Er befürworte, dass diese Route zwei bis drei Jahre getestet werde und bitte hierfür um Unterstützung.

StRin von Hagen teilte mit, dass sie grundsätzlich eine Streckenänderung befürworte, da sich die Strecke heute sehr lange ziehe. Gut gefalle ihr auch, dass die Mooslängstraße damit angefahren und somit dieses Gebiet besser angebunden würde. Negativ finde sie, dass die Bahnhofstraße befahren werde. Schon heute seien die Autos auf dieser Strecke für Radfahrer und Fußgänger nicht unproblematisch. Deshalb empfehle sie, die Sache nochmals zu überdenken und evtl. eine andere Route für die Streckenänderung zu überlegen.

StR Dr. Koch führte zu den Zahlen der Nutzung der Linie 832 aus, dass hier durchschnittlich nur sechs Fahrgäste pro Fahrt und damit eine Auslastung von ca. 7,6 % gegeben sei.

StR Dr. Sengl erklärte, dass man aus der Verkehrsuntersuchung wisse, dass der Stau zunehme. Der Vorschlag sei ein Versuch, ob man hier etwas verbessern könne. Wenn sich dann aber kein Zeitgewinn einstelle, müsse man auch den Mut haben, die Streckenführung wieder zurückzunehmen. Wenn der Bus nicht so schnell fahre, sehe er für die Bahnhofstraße auch keine großen Probleme. Wenn man es schaffe, dass mehr Leute von Puchheim-Ort mit dem ÖPNV fahren, wäre dies ein Erfolg.

Deshalb solle man dies unbedingt probieren. Allerdings solle man die Linie nach einem Jahr überprüfen und, wenn es nicht funktioniere, die Strecke wieder ändern.

StRin Eger sprach sich ebenfalls dafür aus, die neue Linienführung zu probieren. Hierfür solle man aber am besten einen kleineren Bus nehmen.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass sich die Busgröße nicht ändern lasse, bis die Streckenkonzession auslaufe. Eine durchschnittliche Auslastung von 7 % sage auch noch nicht aus, welchen Bus man brauche. Im Berufsverkehr könne es dabei beispielsweise eine Auslastung von 60 % geben. Jede Autofahrt, die vermieden werde, sei ein Gewinn. Zur Streckenführung über die Mooslängstraße sei er ebenfalls der Ansicht, dass man die Gefahrensituation mit der Brücke bedenken müsse. Evtl. müsse man dort sogar baulich etwas ändern. Der zeitliche Gewinn dieser Linienführung sei nicht so groß. Ein Vorteil sei aber, dass die Siedlung an das Busnetz angeschlossen werde.

StR Pürkner brachte ein, dass die Bahnhofstraße seit ihrer Verkehrssperrung ein beliebter Rad- und Spazierweg sei. Wenn dort in relativ kurzen Abständen Busse fahren würden, sei dies problematisch. Hier werde eine Konfliktsituation geschaffen, weshalb er gegen diesen Vorschlag sei.

StRin Ehm berichtete, dass sie auf diesem Weg mit Schulklassen unterwegs seien. Bereits heute bestehe dort viel Verkehr. Wenn jetzt zusätzlich zu den landwirtschaftlichen Fahrzeugen noch Busse fahren würden, dann sei dies sehr problematisch. Deshalb werde sie den Vorschlag ablehnen.

StRin Sippel erklärte, dass vielleicht ein paar Busfahrten verbessert, aber im Vergleich sehr viele Anwohner und auch die Freizeitnutzer mehr belastet würden.

StRin von Hagen brachte noch ein, dass man evtl. über eine Ringlinie nachdenken solle.

Nach der eingehenden Diskussion stellte der Vorsitzende den Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss

Der Planungs- und Umweltausschuss stimmt der Änderung der Fahrtroute der MVV-Regionalbuslinie 854 über die Mooslängstraße zu

Abstimmungsergebnis: 4 : 9

TOP 7 Bekanntgaben

Der Vorsitzende gab bekannt, dass die Stadt München einen Zeitplan zum Naherholungsgebiet Böhmerweiher erstellt habe. Derzeit werde die Grundvereinbarung vorbereitet. Im Herbst/Winter 2017 solle diese auch Gröbenzell und Puchheim vorgelegt werden. Für Anfang 2018 sei dann das wasserrechtliche Planfeststellungsverfahren geplant. Der Zeitplan werde den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Der Vorsitzende teilte weiter mit, dass das kommunale Energieeffizienz-Netzwerk mit der Kickoff-Veranstaltung am 31.03.2017 seine Arbeit aufgenommen habe.

Der Vorsitzende berichtete, dass die Deutsche Wohnen mit der Sanierung entsprechend dem städtebaulichen Vertrag begonnen habe. Bauamtsleiterin Schmeiser erläuterte hierzu kurz die aktuell laufenden bzw. anstehenden Maßnahmen, wie z. B. die Dachsanierungen bei verschiedenen Gebäuden. Ein Projekt sei auch die Aufwertung der Kinderspielplätze. Hier würden zusammen mit Kindern aus dem Quartier auch andere Spielplätze besichtigt, um Spielgeräte zu testen. Gedacht sei z. B. auch an ein Bodentrampolin. Sie erläuterte den Vorschlag eines neuen Müllhauses und die Errichtung von Fahrradabstellanlagen für die Adenauerstr. 32. Beide Anlagen müssten im Hinblick auf den aktuellen Bedarf einen deutlichen größerem Umfang als bisher aufweisen und würden daher vom Bebauungsplan abweichen. Hier müsse noch geklärt werden, ob diese Anlagen im Wege der Befreiung zugelassen werden können. Hinsichtlich des anstehenden Fensteraustausches können voraussichtlich bessere Werte erhalten werden, als im Vertrag vereinbart.

StRin Wiesner bestätigte aus eigener Erfahrung, dass die Sanierung im Laufen sei.

TOP 8 Verschiedenes

StRin Wiesner bat darum, im Einladungsmail zu den Sitzungen den Wochentag anzugeben, wenn die Sitzung verschoben worden sei.

StRin Wiesner fragte nach, ob schon bekannt sei, dass beim Sportzentrum im Tunnel unter dem Weg hinter dem Tennisverein ein Schaden aufgetreten sei.

Bauamtsleiterin Schmeiser teilte mit, dass die Sanierung des Weges anstehe. Dass ein Schaden im Tunnel vorhanden sei, sei ihr noch nicht bekannt. Sie werde dies weitergeben.

Nachdem unter dem TOP Verschiedenes keine Wortmeldungen mehr erfolgten, schloss der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses um 20:00 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl

Andrea Reichel

Erster Bürgermeister